

EU-Nachrichten

09
2016

KURZ & KNAPP

EU-Tabakrichtlinie

3

Noch deutlicher vor
Gesundheitsgefahren warnen

IM FOKUS

Neue Mediengesetze

4

Für fairen Wettbewerb von Fernseh- und
Filmanbietern

Griechenland

5

Eurostaaten einigen sich auf
Schuldenerleichterungen

WEGEN GROSSEN ERFOLGS

Juncker will Förderung von Investitionen verlängern

Der neue Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) hat in weniger als einem Jahr bereits Investitionen von über 100 Mrd. Euro in der EU stimuliert. Ein Drittel des Ziels von mindestens 315 Mrd. Euro innerhalb von drei Jahren sei damit erreicht, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Rande des Gipfeltreffens der G7-Staaten in Japan. Die EU-Investitionsoffensive zeige Wirkung, sie habe neue Arbeitsplätze geschaffen und Wachstum unterstützt, „und die EU-Kommission hat vor, die Verlängerung des Plans für strategische Investitionen über 2018 hinaus vorzuschlagen“, sagte Juncker.

Besorgt zeigte sich der Kommissionspräsident über die Überproduktion von Stahl durch China. Die EU werde daher ihre Handelsschutzinstrumente verbessern, kündigte Juncker an.



Kommissionsvizepräsident Dombrovskis (li.) und EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Moscovici stellten die länderspezifischen Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik vor.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG IN DER EU

Gemeinsam für mehr Wachstum sorgen

Wenn die EU-Staaten wirtschafts- und haushaltspolitisch an einem Strang ziehen, ist das gut für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Die EU-Kommission hat nun in ihren jährlichen länderspezifischen Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik beschrieben, was die einzelnen Regierungen tun sollten, um die eigene und die gemeinsame Wirtschaftskraft zu stärken. Auch in Deutschland gibt es Reformbedarf.

> „Wenn wir unsere Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmärkte modernisieren und es den Unternehmen beispielsweise durch Verwaltungsreformen und fairere, effizientere Steuersysteme leichter machen, wirtschaftlich tätig zu werden, würde das zu mehr Beschäftigungs- und Investitionsmöglichkeiten beitragen“, sagte der für den Euro und sozialen Dialog zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Die Empfehlungen werden im Rahmen des Europäischen Semesters von den Mitgliedstaaten diskutiert und fließen dann in die nationale Haushaltsplanung und Wirt-

schaftspolitik ein. Der für Wirtschaft und Finanzen, Steuern und Zoll zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici betonte, dass die Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Reformen noch entschlossener als bisher angehen müssten, da sich die bisher günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen eintrübten.

So lässt etwa die Nachfrage in wichtigen Ländern wie China nach. „Wir haben nicht mehr so viel Wind in den Segeln“, sagte Moscovici. Deshalb müssten sich die Europäer mehr anstrengen und selbst für Wachstumsimpulse sorgen. >>

EUROPÄISCHES SEMESTER 2016

Status der Verfahren und Bewertungen im Mai 2016

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Länder mit Verfahren wegen übermäßiger Haushaltsdefizite

Länder ohne Verfahren wegen übermäßiger Haushaltsdefizite

Makroökonomische Ungleichgewichte

Keine Ungleichgewichte



Großbritannien

Ungleichgewichte



Spanien



Irland



Slowenien

Übermäßige Ungleichgewichte



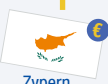
Kroatien



Frankreich



Portugal



Zypern

Wirtschafts- und Haushaltspolitik werden im Rahmen eines besonderen Stabilitätshilfeprogramms bewertet



Griechenland



Tschechien



Dänemark



Lettland



Litauen



Luxemburg



Slowakei



Malta



Polen



Österreich



Belgien



Estland



Ungarn



Rumänien



Finnland



Deutschland



Niederlande



Schweden



Bulgarien



Italien

Quelle: EU-Kommission
Bilder: Shutterstock

Zahlreiche Verfahren hat es bereits wegen zu hoher Haushaltsdefizite gegeben. Die Überwachung der Einhaltung des gemeinsam vereinbarten Stabilitäts- und Wachstumspakts ist eine wichtige Aufgabe der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters. Die gegen Zypern, Irland und Slowenien laufenden Defizitverfahren sollten nun beendet werden, nachdem die Defizitschwelle von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wieder unterschritten wird, empfiehlt die Kommission den EU-Finanzministern. Dann würden nur noch sechs Verfahren laufen, während es im Frühjahr 2011 noch 24 waren. Das Defizit der Eurostaaten sei von 6,1 Prozent des BIP im Jahr 2010 auf 1,9 Prozent gesunken, sagte Kommissionsvizepräsident Dombrovskis. Einige Staaten hätten aber weiterhin Probleme.

Den Aufschwung nicht abwürgen

Zum Beispiel Portugal und Spanien, gegen die seit 2009 Defizitverfahren laufen. Die Kommission empfiehlt aber, keine Strafen gegen die Länder festzusetzen – was jetzt möglich wäre –, sondern ihnen eine „dauerhafte Korrektur“ des übermäßigen Defizits in den Jahren 2016 bzw. 2017 zu empfehlen. Anfang Juli soll die Situation erneut überprüft werden. Die EU-Haushaltsregeln müssten „mit Sorgfalt“ angewendet werden. „Sie sind aber nicht verfasst worden, um einen Aufschwung kaputt zu machen oder Vertrauen zu zerstören“, sagte Moscovici. In Portugal und Spanien habe es „beträchtliche Anstrengungen“ zur Haushaltskonsolidierung gegeben.

Griechenland bekommt im Rahmen des Europäischen Semesters keine Empfehlungen oder Auflagen. Das Land ist ein Sonderfall, da es sich in einem Hilfsprogramm befindet, das es mit den Eurostaaten vereinbart hat. Die wirtschafts- und haushaltspolitischen Ziele Athens werden im Rahmen dieses Programms geprüft. (frh) >|

Gezielte Empfehlungen

Die EU-Kommission strebt eine möglichst wirkungsvolle Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EU an. Sie hat dieses Jahr deshalb weniger länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen und dabei den Schwerpunkt auf wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Themen gelegt, die sie bereits in ihrem Jahreswachstumsbericht für 2016 herausgestellt hatte. Auch hat sie in diesem Jahr ausführlicher mit den Mitgliedstaaten über die Wirtschaftspolitik diskutiert.

>> Deutschland sollte mehr investieren

Deutschland kann nach Ansicht der Kommission viel für das eigene Wohl und das der Staatengemeinschaft tun, wenn es mehr in Infrastruktur, Erziehung, Forschung und Innovation investiert, besonders auf kommunaler Ebene. Hohe Sparquoten und geringe Investitionen in private Wirtschaft und den öffentlichen Sektor bremsen das Wachstum, und angesichts der schwächelnden globalen Nachfrage sei es gefährlich, sich vorrangig auf den Export zu verlassen, heißt es in den Empfehlungen. Mehr Investitionen im Inland könnten Deutschlands Wachstum stärken und der wirtschaftlichen Erholung der Eurozone nutzen. Aufgrund der soliden Haushaltsführung gebe es dafür genug finanziellen Spielraum.

Die Bundesregierung sollte auch das Steuersystem modernisieren, besonders die Unternehmens- und Gewerbesteuerung, rät die

Kommission. Die Belastung von Geringverdienern und von Zweitverdienern in einer Familie sei immer noch zu hoch. Auch mehr Anreize für längere Berufstätigkeit und mehr Wettbewerb im Dienstleistungsbereich, besonders bei regulierten Berufen, hält die Kommission für ratsam.

Deutschland gehört mit Finnland, Irland, den Niederlanden, Spanien, Slowenien und Schweden zu den Ländern mit makroökonomischen Ungleichgewichten, wobei in Deutschland der anhaltend hohe Leistungsbilanzüberschuss im Blickpunkt steht. Als „übermäßig“ wird der allerdings nicht eingestuft. Übermäßige Ungleichgewichte bestehen in Kroatien, Frankreich, Italien, Portugal, Zypern und Bulgarien. Aber auch gegen diese Länder hält die Kommission keine formellen Verfahren für erforderlich.

NEUE REGELN FÜR TABAKPRODUKTE

Warnungen auf Zigarettenschachteln werden deutlicher

Auf allen in der EU verkauften Zigarettenschachteln müssen künftig Bilder und Text zu sehen sein, die vor den Gesundheitsgefahren durch Rauchen warnen – größer als bisher. Das schreibt die EU-Tabakrichtlinie vor, die bis zum 20. Mai von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden musste. Deutschland hat das mit dem Tabakerzeugnisgesetz getan. Die EU-Richtlinie macht auch Vorgaben dafür, wie herkömmliche Tabakerzeugnisse und auch elektronische Zigaretten verpackt und gekennzeichnet werden müssen. Außerdem dürfen Zigaretten und Drehtabak keine Aromen wie Menthol oder Vanille mehr enthalten, die Geschmack und Geruch von Tabak überdecken können. Die verschiedenen Vorgaben treten stufenweise in Kraft.

Die Vorschriften „sollen zu einer Verringerung der Zahl der Tabakkonsumenten führen, vor allem junge Menschen vom Rauchen abhalten und letztlich allen EU-Bürgern die schädlichen Folgen des Tabakkonsums vor Augen führen“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Eine Verringerung des Tabakverbrauchs um zwei Prozent werde die Krankenkassen in der EU jährlich um etwa 506 Mio. Euro entlasten. Außerdem würden weniger Menschen chronisch krank werden und vorzeitig sterben.



© Shutterstock

FLÜCHTLINGE IN GRIECHENLAND

EU stellt weitere 81 Mio. Euro bereit

Um die Registrierung und Unterbringung von Schutzsuchenden in Griechenland sowie die Asylverfahren in dem Land zu verbessern, hat die EU-Kommission eine weitere Soforthilfe von 81 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt freigegeben. Seit 2015 sind Griechenland für die Versorgung der Flüchtlinge damit bereits knapp 770 Mio. Euro aus verschiedenen Töpfen der EU zugesagt worden. Die neuen Gelder sollen an das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, an die Internationale Organisation für Migration (zur Unterstützung der hilfsbedürftigsten Flüchtlinge in Griechenland), das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), an das Innenministerium und den Asyldienst Griechenlands gehen. Unter anderem wird damit auch die griechische Polizei bei der Sicherung der EU-Außergrenzen unterstützt.

In einem neuen Bericht über die Umsetzung der EU-Beschlüsse zur Um- und Neuansiedlung von Flüchtlingen zeigt sich die Kommission unzufrieden mit den Bemühungen der Mitgliedstaaten, Asylsuchende und Migranten umzuverteilen und neu aufzunehmen und fordert mehr Unterstützung für Griechenland und Italien, wo die meisten Schutzsuchenden ankommen. Seit dem Bericht von Mitte April hätten nur wenige Menschen in andere Mitgliedstaaten weiterreisen können. „Wir müssen rasch auf die humanitäre Notlage in Griechenland reagieren und verhindern, dass sich die Situation in Italien verschlechtert“, sagte Dimitris Avramopoulos EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft.

PFLANZENSCHUTZMITTEL GLYPHOSAT

Diskussion über Neuzulassung wird fortgesetzt

Experten aus den EU-Mitgliedstaaten beraten weiter darüber, ob und für wie lange der Herbizidwirkstoff Glyphosat in der EU über den 30. Juni hinaus zugelassen werden soll. Zu diesem Termin läuft die gültige Zulassung aus. Wird bis dahin nicht über eine Verlängerung entschieden, müssen alle Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff innerhalb bestimmter Fristen vom Markt genommen werden. Bei der jüngsten Sitzung des zuständigen Expertenausschusses zeichnete sich unter den Mitgliedstaaten keine qualifizierte Mehrheit für eine klare Position ab. Die Abstimmung wurde verschoben. Gibt es keine deutliche Mehrheit für oder gegen eine Neuzulassung kann die EU-Kommission aufgrund wissenschaftlicher Gutachten alleine entscheiden. Sie will aber nur eine Entscheidung treffen, die von einer „solide qualifizierten Mehrheit“ der Mitgliedstaaten unterstützt wird.

Maximal kann Glyphosat für 15 Jahre neu zugelassen werden. Die EU-Kommission hat sich für einen kürzeren Zeitraum ausgesprochen und stützt sich auf Gutachten der EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR). Beide versichern, es sei unwahrscheinlich, dass Glyphosat krebserregend ist. Die bei der WHO angegliederte Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) hat den Stoff hingegen als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft. Glyphosat ist der in Deutschland und weltweit meistverkaufte Pestizidwirkstoff.

BADEGEWÄSSER IN DER EU

Qualität ist 2015 noch etwas besser geworden

Die Qualität des Wassers an mehr als 21.000 überwachten Badestellen an Küsten und Binnengewässern in der EU ist hoch und 2015 sogar noch etwas besser geworden. 96 Prozent aller Gewässer erfüllten die EU-Mindestanforderungen und in 84 Prozent der Fälle wurde sogar „ausgezeichnete“ Wasserqualität bescheinigt, heißt es im von EU-Kommission und Europäischer Umweltagentur vorgelegten Badegewässerbericht. 2014 lagen die Werte bei 95 bzw. 83 Prozent. Überall beste Bedingungen finden Schwimmer in Luxemburg vor. Danach haben Zypern (99,1 Prozent), Malta (97,7 Prozent), Griechenland (97,2 Prozent), Kroatien (94,2 Prozent), Italien (90,6) und Deutschland (90,3 Prozent) die meisten Badeplätze mit ausgezeichneter Wasserqualität.

385 der getesteten Badeplätze verfehlten die Mindestnormen (1,6 Prozent). Die meisten davon finden sich in Italien, Frankreich und Spanien. In Deutschland wurden 2.292 Badestellen getestet. Fünf Badeplätze erfüllten die EU-Mindestnormen nicht, davon liegen drei in Baden-Württemberg (Finsterroter See in Wüstenrot, die Kocherbadebucht in Künzelsau und das Strandbad in Eriskirch), eine im Saarland (am Siersburg Campingplatz in Rehlingen-Siersburg) und eine in Mecklenburg-Vorpommern (Glöwitzer Bucht in Barth). Im Vorjahresbericht hatten 14 deutsche Badestellen die Mindestnorm nicht erfüllt. Getestet wird das Wasser auf das Vorhandensein bestimmter Bakterien, die Hinweise auf die Belastung des Wassers geben, etwa durch Fäkalien.

REGELN SOLLEN AUCH FÜR ONLINE-PLATTFORMEN GELTEN

EU-Mediengesetze für das 21. Jahrhundert vorgeschlagen



Die EU-Kommission will für einen fairen Wettbewerb von Fernseh- und Filmproduzenten mit Anbietern von Streamingdiensten und Online-Plattformen sorgen.

Neue Medientechnologien und neue Anbieter erfordern nach Auffassung der EU-Kommission eine Anpassung der EU-Vorschriften. Mit einer Neufassung der 30 Jahre alten Audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie (AVMD-Richtlinie), die bisher für die traditionellen Anbieter gedacht ist, sollen erstmals auch Vorgaben für Video-Abrufdienste wie Netflix und Videoplattformen wie YouTube eingeführt werden. Vorgeschlagen wurden auch Regelungen zur Unterbindung des Geo-Blockings sowie zur Paketzustellung, um den grenzüberschreitenden Onlinehandel anzukurbeln.

> „Ich wünsche mir, dass Online-Plattformen sowie die audiovisuelle und die kreative Branche zu Motoren der digitalen Wirtschaft werden“, sagte der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip. Sie sollten nicht durch unnötige Vorschriften ausgebremst werden. Allerdings müsse es einen fairen Wettbewerb zwischen traditionellen und neuen Marktteilnehmern geben, erklärte Kommissar Günther Oettinger, zuständig für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft.

Jugendschutz soll überall gelten

YouTube und Co sollen zum Beispiel mehr zum Schutz von Minderjährigen tun und Gewaltverherrlichung unterbinden. Die Kommission will dazu nicht nur Mechanismen etwa zur Altersüberprüfung einführen, sondern den Plattformbetreibern einen entsprechenden Verhaltenskodex vorschlagen. Nur auf Selbstregulierung will sie aber nicht setzen, sondern die nationalen Aufsichtsbehörden sollen starke Durchsetzungsbefugnisse erhalten und notfalls auch Geldstrafen verhängen dürfen. „Die Art, wie wir fernsehen oder Videos anschauen, mag sich verändert haben, nicht jedoch unsere Werte“, sagte Oettinger.

Die Kommission will Online-Filmdienste auch dazu verpflichten, dass mindestens 20 Prozent ihres Angebots aus europäischer Produktion stammen. Die Mitgliedstaaten sollen zudem von diesen Anbietern einen finanziellen Beitrag zur Produktion europäischer Werke verlangen dürfen. Für „traditionelle“ audiovisuelle Medien gelten momentan ähnliche Vorgaben. Derzeit

investieren TV-Anstalten laut Kommission rund 20 Prozent ihrer Einnahmen in selbst produzierte Inhalte, Abrufdienste hingegen weniger als 1 Prozent.

Die Regeln, wann Fernsehsender Werbung zeigen können, will die Kommission flexibler gestalten. Die Obergrenze für die Zeit zwischen 7 und 23 Uhr soll gleich bleiben, aber statt maximal 12 Minuten pro Stunde sollen die Sender freier entscheiden können, wann sie wieviel Werbung zeigen. Mehr Sponsoring und Productplacement soll erlaubt sein, solange der Zuschauer darüber informiert wird. Wen zu viel TV-Werbung nervt, der kann auf werbefreie Onlineangebote umsteigen, die es vor zehn Jahren noch nicht gab.

Geo-Blocking abschaffen

Drei weitere Gesetzesvorschläge des Pakets betreffen den Online-Handel. Eine Verordnung zur Beendigung des sogenannten Geo-Blockings soll dazu führen, dass der grenzüberschreitende Einkauf nicht länger durch Hindernisse wie das Umleiten von Kunden auf spezielle nationale Seiten, Registrierungsprobleme oder die Ablehnung von Kreditkarten aus einem anderen Mitgliedstaat verhindert wird. „Allzu oft sind Menschen von den besten Online-Angeboten abgeschnitten“, sagte Kommissionsvizepräsident Ansip. Im Netz abrufbare Videos sind von der Regelung allerdings nicht erfasst.

Eine weitere Verordnung soll Probleme bei der Paketzustellung nach dem Kauf von Waren in einem anderen Mitgliedstaat beheben.

Für über die Hälfte der Verbraucher und Unternehmen seien die hohen Lieferkosten das Haupthindernis für den grenzüberschreitenden Einkauf im Internet, sagte Ansip. Lieferungen ins Ausland seien teilweise bis zu fünfmal so teuer wie Inlandssendungen. Preisobergrenzen schlägt die Kommission aber vorerst nicht vor, sondern sie will den Wettbewerb durch die Veröffentlichung von Tarifen anheizen und setzt auf die Kontrolle durch die Post-Regulierungsbehörden. Sollte sich die Situation bis 2019 aber nicht ändern, schließt sie ein strengeres Vorgehen nicht aus.

Alle Initiativen der Kommission sind Bestandteil der Strategie zum Aufbau eines digitalen Binnenmarkts. EU-Staaten und Europäisches Parlament müssen den Plänen zustimmen, ehe sie in die Tat umgesetzt werden können. (ste/frh) >

Verbraucherschutz im Netz stärken

Furcht vor Fallen und Problemen hält viele Menschen vom Einkauf im Internet ab. Mit einer überarbeiteten Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz sollen nationale Behörden etwa Geo-Blocking leichter unterbinden oder die Löschung unlauterer Werbung und betrügerischer Angebote auf Websites anordnen können. Suchmaschinen sollen verpflichtet werden, deutlich zwischen bezahlten und „normal“ gefundenen Suchergebnissen zu unterscheiden.

HILFSPROGRAMM FÜR GRIECHENLAND

Eurostaaten skizzieren langfristigen Weg für Schuldenerleichterungen

Nach wichtigen Reformbeschlüssen im griechischen Parlament haben die Finanzminister der Eurostaaten prinzipiell grünes Licht für die Auszahlung von 10,3 Mrd. Euro an neuen Krediten gegeben. 7,5 Mrd. Euro davon könnten in der zweiten Junihälfte überwiesen werden. Wichtig für den Beschluss war auch die grundsätzliche Einigung auf künftige Schuldenerleichterungen für Griechenland, wie niedrigere Zinsen und noch längere Rückzahlungsfristen. Das macht eine Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) an dem Hilfsprogramm wahrscheinlich, worauf etwa die Bundesregierung und viele Bundestagsabgeordnete großen Wert legen.



Neue Kredite und Schuldenerleichterungen sollen der Wirtschaft in Griechenland Schwung geben.

> Der EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, Pierre Moscovici, sprach von einem „wichtigen Moment“ in der „langen und schwierigen“ Geschichte der Stabilisierung Griechenlands. Mit den neuen Krediten könne die Regierung auch Schulden in Griechenland selbst begleichen, etwa gegenüber Beamten, Rentnern oder Firmen mit Staatsaufträgen. Das könne der Wirtschaft Schwung verleihen. Vor allem eröffne die Einigung die Chance, „Vertrauen zurückzugewinnen, das so wichtig für eine dauerhafte Erholung der griechischen Wirtschaft ist, die wir gemeinsam anstreben“, sagte Moscovici.

Die Rezession überwinden

Auch der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos sprach von einem „wichtigen Moment für Griechenland“. Dies könne der Beginn einer Entwicklung sein, mit der Griechenland dem „Teufelskreis“ aus Rezession, Sparmaßnahmen und wieder neuer Rezession entkommen könne. Bevor die neuen Kredite ausgezahlt werden, muss der Vorstand des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM noch prüfen, ob alle griechischen Reformen auch den Anforderungen entsprechen. Einige Korrekturen seien noch bei der Öffnung des griechischen Marktes für den Verkauf von Krediten notwendig, bei der Rentenreform und beim Privatisierungsprogramm, sagte ESM-Chef Klaus Regling. Er hoffe darauf, dass das „in den nächsten Tagen“ erledigt werden kann.

Für den IWF, der sich an dem bis Mitte 2018 laufenden dritten Hilfsprogramm mit einem Kreditvolumen von 86 Mrd. Euro bisher nicht beteiligt, ist wichtig, dass Griechenland seine Schulden langfristig tragen kann. Die Euro-Finanzminister einigten sich nun auf einen – noch nicht im Detail ausgearbeiteten – Plan, der garantieren soll, dass Athen zunächst nicht mehr als 15 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP), bei sinkendem Schuldenstand nicht mehr als 20 Prozent für den Schuldendienst ausgeben muss, sagte der Eurogruppen-Vorsitzende Jeroen Dijsselbloem. Zunächst soll der ESM prüfen, wie Kreditlaufzeiten verlängert und Zinsen weiter gesenkt werden können. Der IWF willigte ein, dass über Notwendigkeit und Details weiterer Schuldenerleichterungen erst nach Ende des dritten Hilfsprogramms entschieden wird. Bis Jahresende will das IWF-Leitungsgremium über eine Beteiligung daran entscheiden. Als Schuldenerleichterung für Griechenland sind denkbar:

Gabriel will Wachstum erhalten

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bezeichnete die Entscheidungen der Eurostaaten als „sehr gutes Ergebnis“. Jeder wisse, dass Griechenland schon jetzt erheblich unter Stress stehe, sagte der Vizekanzler. Es gebe für viele unerwartet „ein kleines Wirtschaftswachstum“, das man jetzt nicht wieder kaputt machen dürfe.

- > Verlängerung von Kreditlaufzeiten von derzeit durchschnittlich 28 auf 32 Jahre.
- > Ablösung von Krediten durch solche mit längeren Laufzeiten und günstigeren Zinsen.
- > Erneuter Einsatz von Gewinnen der EZB und von Euroraum-Zentralbanken aus Geschäften mit griechischen Staatsanleihen. So etwas wurde bis 2014 schon praktiziert.
- > Einsatz eines Großteils von rund 20 Mrd. Euro, die zur Stützung griechischer Banken reserviert, aber nicht benötigt wurden.
- > Sollte all das langfristig nicht ausreichen, um die Last des Schuldendienstes unter dem vereinbarten Wert zu halten, sollen im Rahmen eines „Notfall-Mechanismus“ weitere Erleichterungen beschlossen werden. Voraussetzung ist, dass Griechenland seinen Reformverpflichtungen auch weiterhin nachkommt.

EU-Kommissar Moscovici betonte, die griechische Regierung habe bewiesen, dass sie verantwortungsvoll handelt. „Sie hat zwei Gesetzespakete beschlossen mit Inhalten, die schwierig, aber absolut entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft des Landes sind“, sagte er. Eurogruppenchef Dijsselbloem erklärte, die Beschlüsse zeigten, dass das Hilfsprogramm „wieder in der Spur ist und dass Griechenland eine Menge tut“. Von dem, was jetzt auf dem Tisch liege, „hätte ich vor einem Monat nicht zu träumen gewagt“, so Dijsselbloem. (frh) >

Keine EU-Finanzierung für Entwicklung neuer Reaktoren



Weiterhin bleibt es den EU-Staaten selbst überlassen, ob sie Atomkraft nutzen wollen oder nicht.

Die EU wird die Entwicklung neuer Atomreaktoren nicht fördern. Das hat EU-Forschungskommissar Carlos Moedas in einem Interview mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe klar gestellt. „Die Zukunft liegt nicht in der Kernenergie. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien“, sagte Moedas. Für Irritationen hatte ein Diskussionspapier aus der EU-Kommission gesorgt, durch das der Eindruck entstanden war, die EU erwäge, die Entwicklung einer neuer Atomreaktoren-Generation finanziell zu unterstützen. Thema des Papiers sind mögliche Forschungsprioritäten im Energiebereich, worunter auch die sichere Nutzung der Nuklearenergie aufgelistet wird.

> Eine Renaissance der Kernenergie strebe die EU-Kommission definitiv nicht an. „Wir konzentrieren uns darauf, die Nutzung der Erneuerbaren billiger und effizienter zu machen. Das ist unsere Vision“, sagte Moedas. Es bleibe dabei, dass die Entscheidung für oder gegen Atomkraft einzig und allein Sache der Mitgliedstaaten sei. Dabei gebe es unterschiedliche Ansichten in den EU-Ländern. Deutschland wolle aus der Atomenergie aussteigen, während Briten und Franzosen weiter auf Kernkraft setzten. „Als Kommission können wir nicht über den Energie-Mix bestimmen“, betonte Moedas. Die Kommission halte sich strikt an ihr Mandat, im Bereich Kernkraft lediglich Forschung zu den Aspekten Reaktorsicherheit, Abwicklung und Atommüll-Entsorgung zu fördern. Das heißt auch, dass Mitgliedstaaten, die die Atomenergie nicht nutzen möchten, nicht an Absichtserklärungen zur Forschung auf diesem Gebiet gebunden sind.

Da jedoch viele Mitgliedstaaten zumindest derzeit noch Kernkraftwerke betreiben, ist es im

Horizont 2020

Im EU-Forschungsprogramm „Horizont 2020“ stehen für die Nuklearforschung zwischen 2014 und 2020 insgesamt 430 Mio. Euro bereit. Das stellt nur einen kleinen Teil des Gesamtbudgets dar. Insgesamt ist „Horizont 2020“ in den genannten Jahren mit 77 Mrd. Euro ausgestattet.

gemeinsamen Interesse, dass die Meiler sicher sind und radioaktive Abfälle fachgerecht behandelt werden. Deshalb haben die Mitgliedstaaten 2013 entschieden, die Forschung über Nuklearsicherheit und die Behandlung von Abfällen ins Zentrum des Euratom-Forschungsprogramm zu stellen. Die Kommission wird ihr Mandat, das sie vom Rat erhalten hat, befolgen: Nuklearforschung wird sich ausschließlich auf Sicherheit, Entsorgung und Strahlenschutz beschränken.

Diskussion über Prioritäten läuft noch

Um Forschung geht es auch im Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) der EU. Wesentliche Ziele dieses Plans sind die Entwicklung kohlenstoffarmer Technologien und die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Er legt zehn Forschungsprioritäten fest. Die EU-Kommission fragt Experten und die interessierte Öffentlichkeit jeweils, wie deren Details aussehen sollen. Aufgrund der Konsultationsergebnisse fasst sie dann Diskussionspapiere, aus denen nationale Experten nicht-bindende Absichtserklärungen entwickeln, die Mitgliedstaaten, Forschungseinrichtungen und der Industrie Hinweise für ihre Forschungsprogramme geben sollen.

Über ein solches Diskussionspapier hatten deutsche Medien berichtet. Moedas betonte, weder werde in dem Papier eine abschließende Strategie festgelegt, noch gebe es die Meinung der EU-Kommission wieder. Es handele sich vielmehr um eine Zusammen-

stellung von Positionen der Mitgliedstaaten. Die Diskussion wurde am 24. Mai von nationalen Experten weitergeführt. Sie ist noch nicht beendet.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel machte klar, dass die Bundesregierung nichts gegen nukleare Sicherheitsforschung einzuwenden hat, dass sie aber keinesfalls für eine Förderung neuer Kernkrafttechnologien zu haben sei. Eine der „ältesten Technologien“ bei der Energieerzeugung, die bereits jahrzehntelang gefördert und immer teurer geworden sei, solle nicht erneut subventioniert werden. Zudem sei nirgends in Europa das Problem der Atommüllentsorgung gelöst.

Forschung für den Klimaschutz

Der 2008 von den EU-Institutionen beschlossene SET-Plan soll die Entwicklung klimafreundlicher Technologien unterstützen, damit die EU zunächst ihre Klimaschutzziele für 2020 erreicht. Langfristig sollen durch die Forschungsinitiativen die Kosten klimafreundlicher Technologien gesenkt werden. Damit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, den Treibhausgasausstoß der EU bis 2050 um 80 bis 90 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Das ist ein wichtiges Etappenziel zur Erfüllung des UN-Klimaschutzabkommens von Paris, dem zufolge die Erderwärmung auf möglichst unter 2 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt bleiben soll. (frh) >

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 30.05.2016 19.30–21.30 Uhr	„Weltmacht China – Beziehungen zu Europa, Deutschland und Rhein-Main“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden/ Rheingau-Taunus	Hochschul- und Landesbibliothek Rhein-Main Rheinstraße 55-57 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/30/termin/einzel/china_und_die_eu.html
> 31.05.2016 19.00 Uhr	„Das fremde Europa“ Vortrag und Gespräch Veranstalter: Heinrich Böll Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 10117 Berlin	http://calendar.boell.de/sites/default/files/einladung_fremdes_europa.pdf
> 01.06.2016 08.00–15.00 Uhr	„EU Entwicklungspolitik – Bedeutung für das Land Brandenburg“ Konferenz Veranstalter: GEKO Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik e.V.	Kopernikus Gymnasium Bachstraße 14 15827 Blankenfelde-Mahlow	www.europatermine.de/termine/datum/2016/juni/1/termin/tag.html
> 07.06.2016 09.00–13.00 Uhr	„Der EFSI – Europäische Investitionen für Wachstum und Beschäftigung“ Workshop Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland in Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank	Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.berlin.de/land/kalender/index.php?detail=106957&ls=130&c=45&date_start=05.05.2016&date_stop=12.06.2016
> 08.06.2016 08.30–10.00 Uhr	„EU-Briefing der Europäischen Bewegung Sachsen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Sachsen	Sächsischer Landtag Bernhard-von Lindenau-Platz 1 01067 Dresden	http://sachsen.europaeische-bewegung.de/index.php?id=22944
> 08.–10.06.2016 16.00 Uhr	„Aufakttkonferenz EU-STRAT“ The European Union and its Eastern Partner Countries – An Inside-Out Analysis and Strategic Assessment Veranstalter: Freie Universität Berlin	Botschaft der Republik Litauen in Deutschland (08.06.2016) Charitéstraße 9 10117 Berlin Hotel Angleterre (09.–10.06.2016) Friedrichstraße 31 10969 Berlin-Mitte	www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltung_08_06_20161.html
> 08.06.2016 18.00 Uhr	„Gesellschaftlicher Zusammenhalt oder soziale Spaltung? Flüchtlingspolitik als Bewährungsprobe für ein demokratisches Europa“ Vortrag mit anschließender Diskussion Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28/29 10178 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/gesellschaftlicher-zusammenhalt-oder-soziale-spaltung-fluechtlingspolitik-als-bewaehrungsprobe-fuer-ein-demokratisches-europa/
> 09.06.2016 18.00 Uhr	„Die europäische Finanzmarktregulierung: Ihre Bedeutung für den Mittelstand und die regionalen Kreditinstitute“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Sparkassenverband Baden-Württemberg und Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Sparkassenakademie Baden-Württemberg Pariserplatz 3a 70173 Stuttgart	www.europe-direct-stuttgart.de/
> 13.06.2016 17.00 Uhr	„Die niederländische EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten, Ziele, Perspektiven“ Vortrag mit anschließender Diskussion Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Botschaft des Königreichs der Niederlande in Berlin Klosterstraße 50 10179 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/die-niederlaendische-eu-ratspraesidentschaft-prioritaeten-ziele-perspektiven/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

FUSSBALL-EUROPAMEISTERSCHAFT

EVZ hat Tipps für Frankreich-Reisende

Die Spiele der Fußball-Europameisterschaft, die vom 10. Juni bis 10. Juli in Frankreich stattfindet, werden zahlreiche Besucher aus anderen EU-Staaten, etwa aus Deutschland anziehen. Damit die Reise ein möglichst unbeschwerter Genuss wird, hat das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) in Kehl einige Ratschläge zusammengestellt. Einer davon lautet, sich um Tickets für die Spiele ausschließlich über die Wiederverkaufsplattform der UEFA zu bemühen, um hohe

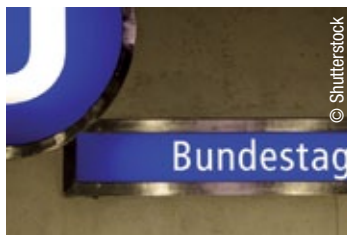
Schwarzmarktpreise und das Risiko zu vermeiden, mit einem ungültigen Ticket nicht ins Stadion zu kommen. Das EVZ empfiehlt Autofahrern auch, die Verkehrsregeln in Frankreich genauso ernst zu nehmen wie zuhause, da Verstöße grenzüberschreitend verfolgt werden.

Hingewiesen wird auch auf die Rechte, die Bahn- oder Flugreisende haben, wenn ihre Verbindung annulliert wird, überbucht ist oder sich die Ankunft deutlich verspätet. Weitere Tipps betreffen die Buchung und eventuelle Stornierung von Unterkünften, das Mieten von Autos oder den Schutz vor dem Kauf gefälschter Fanprodukte wie Trikots.

EUROPA-AUSSTELLUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Kunst im U-Bahnhof „Bundestag“ in Berlin

Noch bis zum 17. Juli ist der U-Bahnhof „Bundestag“ nicht nur ein Ort, an dem Züge halten, sondern auch ein Raum für Kunst. Zu sehen ist die Ausstellung „Europa“, die von den Schweizer Künstlern Francine Eggs und Andreas Bitschin speziell für den 2009 eröffneten U-Bahnhof konzipiert wurde. 16 Künstlerinnen und Künstler aus der Schweiz und Berlin haben verschiedene Werke geschaffen, etwa Installationen, Klangwerke, Malereien, Fotografien und Performances.



Ziel war die Auseinandersetzung mit Europa, seinen Grenzen und seiner Identität in geografischer, historischer, politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Hinsicht. Der Eintritt zur Ausstellung ist frei.

„EUROPA IN MEINER REGION“

Schatzsuche, Foto- und Bloggerwettbewerb

Die EU beteiligt sich über viele Kanäle an der Förderung von Initiativen, die EU-Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu Gute kommen. Zum Beispiel an der Weiterqualifizierung von Arbeitssuchenden, an der Entwicklung neuer Technologien, bei der Verwirklichung von Vorhaben kleiner Unternehmen oder der Entwicklung neuer touristischer Projekte. Wie viele EU-geförderte Initiativen es überall in Europa gibt, will die Kampagne „Europa in meiner Region“ deutlich machen. Über die unten angegebene Webseite kann sich jeder einen Überblick verschaffen.

Zusätzlich werden im Mai noch zahlreiche Initiativen bei offenen Projekttagen vorgestellt, die ebenfalls im Internet angekündigt werden. Und es gibt drei Gewinnspiele, mit denen die Neugier auf die Entdeckung von Projekten geweckt werden soll. Bei einer Schatzsuche gilt es in ganz Europa versteckte Hinweise aufzuspüren – vor Ort und am Computer. Bis zum 28. August läuft ein Fotowettbewerb, bei dem es darum geht, geförderte Projekte gut ins Bild zu setzen. Erstmals veranstaltet wird zudem ein Blogger-Wettbewerb. Aufgabe dabei ist es, über lokale Projekte zu schreiben oder für den Fotowettbewerb zu werben. Zu gewinnen sind jeweils Reisen nach Brüssel oder in andere EU-Hauptstädte.

„DEMOCRACY – IM RAUSCH DER DATEN“

**Einblicke in die
Gesetzgebung in der EU**

Mit jedem Klick, jedem Telefonat, jedem im Internet bestellten Buch, jeder Kartenzahlung und jedem Videodownload werden Menschen transparent und hinterlassen digitale Fingerabdrücke. Persönliche Informationen sind zur Ressource geworden. Mit ihnen lässt sich viel Geld verdienen und Macht ausüben. Damit stellt sich die Frage, wer den Zugriff auf private Daten kontrolliert und was das für die Gesellschaft bedeutet.

Um diese Fragen ging es auch bei der Verabschiedung der neuen EU-Gesetze zum Datenschutz. Deren Entstehungsprozess hat der Regisseur David Bernet zweieinhalb Jahre lang mit der Kamera begleitet und zu dem erstaunlichen Dokumentarfilm „Democracy – Im Rausch der Daten“ verdichtet, der laut Verleih „den Zustand der heutigen Demokratie mit Spannung und Sinnlichkeit erlebbar macht“. Hauptpersonen des Films sind die ehemalige EU-Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding und der Europaabgeordnete Jan Philipp Albrecht (Grüne). Das für den Deutschen Filmpreis nominierte Werk kam im November ins Kino und ist nun auch auf DVD oder Blue Ray erhältlich.